

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Stratmann, Frau Beck-Oberdorf, Hoss, Frau Frieß, Frau Saibold,
Frau Trenz und der Fraktion DIE GRÜNEN**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung
— Drucksache 11/6278 —**

Armuts- und Reichtumsbericht

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zugleich mit dem Jahreswirtschaftsbericht einen Bericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland (Armuts- und Reichtumsbericht) vorzulegen. Die Bundesregierung legt dar, mit welchen Maßnahmen die Armut überwunden werden soll.

Bonn, den 24. Januar 1990

**Stratmann
Frau Beck-Oberdorf
Frau Frieß
Frau Saibold
Frau Trenz
Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**

Begründung

Der für die wirtschaftspolitische Politikberatung zuständige Sachverständigenrat soll in seine Untersuchungen „die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbeziehen“. Das sieht das Gesetz über die „Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ aus dem Jahre 1963 vor. In den vom Rat in den vergangenen Jahren veröffentlichten Jahresgutachten kommen Verteilungsfragen aber nur am Rande vor. Sie sind reduziert auf wenig aussagekräftige aggregierte Größen wie die Lohnquote oder das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Wer regierungsamtlichen Publikationen entnehmen will, wie sich in der Bundesrepublik Deutschland die Verteilung von Einkom-

men, Vermögen und – im weitesten Sinne – Lebenslagen darstellt, erhält keine oder unzureichende Informationen. Verteilungspolitische Analysen im Hinblick auf Männer und Frauen, private Haushalte, Gruppen und Schichten der Gesellschaft liegen in diesem Zusammenhang nicht vor. Die Konzentration und Verteilung von Geld- und Sachkapital in privaten Unternehmen ist ebensowenig Gegenstand erhellender Untersuchungen. Die Bundesregierung befaßt sich in ihren Jahreswirtschaftsberichten mit Verteilungsproblemen nur unter dem eingeschränkten Aspekt, an die Tarifvertragsparteien, d. h. an die Gewerkschaften zu appellieren, eine moderate Lohnpolitik zu betreiben.

Verteilungspolitisch brisante Entwicklungen wie der beträchtliche Anstieg der Anzahl der Sozialhilfeempfänger/innen als Folge anhaltender Massenerwerbslosigkeit und die zugleich stattfindende erhebliche Erhöhung der Unternehmereinkommen werden von Bundesregierung und Bundestag offiziell nicht zur Kenntnis genommen. Dies hat Methode: Regierungen – konservative zumal – tendieren dazu, Verteilungsfragen zu tabuisieren, so lange die eigene soziale Klientel von der gegebenen Verteilungssituation profitiert und Verteilungsungleichheiten die politische Macht nicht gefährden. Wer noch als Oppositionspartei eine „neue Armut“ entdeckt hat, neigt dazu, derartige Befunde auf den Regierungsbänken zu verdrängen, wenn sich stärkere Lobbys als die der Armen regen.

Es ist bezeichnend, daß nicht die Bundesregierung, sondern der Paritätische Wohlfahrtsverband im vergangenen Jahr den ersten Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland vorgelegt hat. Die Bundesregierung ignoriert beharrlich die Existenz und das Ausmaß von Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft. Deshalb muß der Bundestag die Bundesregierung auffordern, eine kontinuierliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung einzuführen. Sie muß einen institutionalisierten Charakter aufweisen: Es geht nicht darum, statistische Erhebungen zu verbessern. Wenn die vielfältigen Erscheinungen von Armut in einem regelmäßigen Bericht dargestellt werden, können die politisch Verantwortlichen nicht weiter ausblenden, daß es in dieser Gesellschaft für viele Millionen Menschen entwürdigende Lebensumstände gibt.

Wir stimmen dem Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu, der einen verhängnisvollen Kreislauf beobachtet: „Das grundsätzliche Leugnen der Armut macht es scheinbar legitim, gar nicht erst so genau hinzuschauen. Wo Armut grundsätzlich bestritten wird, ist es auch nicht notwendig, sich Wissen anzueignen über konkrete Lebenssituationen von Menschen. Und gerade dieses fehlende Wissen um die alltäglichen Belastungen am Rande unserer Gesellschaft macht es wiederum so leicht, Armut zu leugnen“.

Häufig verdeckte soziale Problemlagen, die mit extrem ungleichen Verteilungsbedingungen zusammenhängen, müssen transparent gemacht werden. Dies ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß politische Maßnahmen gegen die Armut ergriffen werden.

Wer arm ist, ist nicht frei! Den Armen wird die Chance zu einem menschenwürdigen Dasein und individueller Selbstverwirklichung vorenthalten.

Armuts- und Reichtumsberichterstattung müssen verknüpft werden. Armut ist in einer reichen Gesellschaft, die sich als Sozialstaat versteht, untragbar. Der hohe materielle Entwicklungsstand der Gesellschaft würde es ermöglichen, Armut schnell zu überwinden. Armut muß ihre Funktion als Disziplinierungsinstrument für die herrschenden Kräfte verlieren. Wenn Analysen zur Armut mit dem Reichtum konfrontiert werden, werden potentielle Umverteilungsspielräume aufgezeigt.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlt eine fundierte, systematische Armutsberichterstattung. Es gibt keine übereinstimmende Definition darüber, was unter Armut zu verstehen ist. Dennoch deuten verschiedene Entwicklungen wie der deutliche Anstieg der Anzahl der Langzeiterwerbslosen und der Sozialhilfeempfänger/innen darauf hin, daß immer mehr Menschen in Lebenslagen geraten, die mit Armut charakterisiert werden können. Armut ist in der Bundesrepublik Deutschland relativ. Sie ist ein Existenzniveau unterhalb von Grenzen, die im Verhältnis zum Wohlstand der Gesamtbevölkerung und der reichen Schichten zu sehen sind.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband definiert Armut als Einkommen, das 50 Prozent und weniger unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Er bezieht neben dem Einkommen weitere die Lebenslage bestimmende Faktoren wie Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit und soziale Einbindung in seinen Armutsbegriff ein. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kommt in seinem Armutsbericht zu dem Ergebnis, daß in der Bundesrepublik Deutschland mehr als sechs Millionen Menschen – zehn Prozent der Bevölkerung – arm sind.

Arm sind viele Langzeiterwerbslose, Rentnerinnen, alleinerziehende Frauen, kinderreiche Familien, Ausländer/innen, Flüchtlinge, Behinderte, psychisch Kranke und Wohnungslose.

Armut ist um so prekärer, je länger sie andauert. Das hohe Ausmaß der Armut steht in einem eklatanten Widerspruch zu der herrschenden Auffassung, die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland sei eine „soziale Marktwirtschaft“.

Frauen sind in einem besonderen Maße von Armut betroffen, die wesentlich auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft zurückzuführen ist. Das System der sozialen Sicherung ist auf die männlichen Erwerbstätigen zugeschnitten, die einer durchgängigen und stabilen Vollzeiterwerbsarbeit nachgehen.

Frauen fallen häufig durch die Maschen des sozialen Sicherungssystems, weil sie zumeist keine Erwerbsbiographien wie Männer vorweisen können: Frauen bezahlen für ihre Kindererziehungsleistungen mit Armut.

Auch für einen fundierten Reichtumsbericht müssen noch systematisierende Vorarbeiten erfolgen. Das verstreut vorliegende Zahlenmaterial dokumentiert aber den beträchtlichen materiellen

Reichtum und die erheblichen Einkommensdiskrepanzen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft: So lagen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im vergangenen Jahr bei über 500 Milliarden DM, wie Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes GMBH (WSI) zeigen. Der Geldvermögensbestand der privaten Haushalte hat Ende 1988 etwa 2,6 Billionen DM (!) betragen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich nach einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) der Bestand an Geldvermögen um 180 Milliarden DM erhöht. Wer diese Reichtumsindikatoren mit den 28 Milliarden DM konfrontiert, die für die 3,3 Millionen Sozialhilfeempfänger/innen ausgegeben werden, erhält einen Eindruck über potentielle Umverteilungsspielräume.

Das durchschnittliche monatliche verfügbare Haushaltseinkommen von Selbständigen liegt mit 11 087 DM (1988) mehr als fünfmal so hoch wie bei Arbeitslosenhaushalten. Dabei nivellieren die Durchschnittsgrößen die bestehenden Einkommensungleichheiten. Die sehr ungleiche Einkommensverteilung zeigt sich auch in der Ersparnisbildung der privaten Haushalte. Während die Selbständigenhaushalte mehr als ein Viertel ihres Einkommens sparen können, kommen die Arbeitnehmerhaushalte nur auf ein Zehntel und die Erwerbslosen müssen „entsparen“, d. h. sie müssen Gelder von ihren Sparkonten abheben, weil die Arbeitslosenunterstützung zu niedrig ist.

Die in den Großunternehmen angehäuften immensen Geldreserven sind ein eindrucksvoller Reichtumsindikator. So hielten beispielsweise schon 1985 die drei Konzerne Siemens, Hochtief und Daimler-Benz zusammen 30 Milliarden DM an Geldanlagen oder in bar vor. Siemens hätte aus seinen angesparten Mitteln das gesamte Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld in der Bundesrepublik Deutschland – bezogen auf das Jahr 1985 – bezahlen können und immer noch 5 Milliarden DM überbehalten, wie Stefan Welzk in seinem Buch „Boom ohne Arbeitsplätze“ ausführt. Die in diesem Ausmaß angehäuften Geldreserven haben keinen Bezug zu den funktionalen- oder Sicherheitsinteressen der Unternehmen.

Eine derartige Konzentration des Geldkapitals ist nicht nur verteilungspolitisch dubios. Sie begünstigt auch den Trend zu Unternehmensaufkäufen, die den Wettbewerb beeinträchtigen. Überschüssige Geld- und Kapitalreserven tragen dazu bei, daß Investitionsprojekte häufig ohne volkswirtschaftlichen Bedarf und gegen ökologische Gesichtspunkte durchgesetzt werden: Beispielsweise das Engagement des Thyssenkonzerns im Zusammenhang mit dem Transrapidvorhaben und die Aktivitäten der Energiekonzerne im Bereich Entsorgung/Müllverbrennung.